

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. Mai 1988

am Donnerstag, dem 19. Mai 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Bulmahn (SPD)	3, 63	Frau Dr. Niehuis (SPD)	4, 5
Diller (SPD)	67, 68	Frau Oesterle-Schwerin (DIE GRÜNEN)	39, 40
Dr. Emmerlich (SPD)	43, 44	Pesch (CDU/CSU)	21, 22
Engelsberger (CDU/CSU)	6, 7	Schemken (CDU/CSU)	10, 11
Frau Flinner (DIE GRÜNEN)	12, 13	Dr. Schmude (SPD)	25, 26
Gansel (SPD)	55, 56	Schreiner (SPD)	17, 18
Frau Hämmerle (SPD)	31, 32	Dr. Solms (FDP)	52, 53
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	35, 36	Stahl (Kempfen) (SPD)	23, 24
Hinsken (CDU/CSU)	51, 64	Steiner (SPD)	70, 71
Jungmann (SPD)	65, 66	Frau Steinhauer (SPD)	57, 58
Dr. Klejdzinski (SPD)	1, 2	Stiegler (SPD)	27, 54
Dr. Knabe (DIE GRÜNEN)	19, 20	Frau Terborg (SPD)	8, 9
Lambinus (SPD)	47, 48	Frau Traupe (SPD)	61, 62
Lattmann (CDU/CSU)	45, 46	Urbaniak (SPD)	59, 60
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	49, 50	Weiß (Kaiserslautern) (CDU/CSU)	41, 42
Lowack (CDU/CSU)	28, 29	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	69
Marschewski (CDU/CSU)	30	Frau Will-Feld (CDU/CSU)	15, 16
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	33, 34	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	14
Müntefering (SPD)	37, 38		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie. . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz.	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen. . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr.	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen.	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft.	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen.	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern.	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen.	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung.	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

1. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Lebensmittelzusatzstoff Tartrazin im Körper Überreaktionen bzw. Überempfindlichkeiten auslösen kann, die sich in vielfältiger Weise, wie z. B. Asthma, Nesselsucht (Urtikaria), Hautschwellungen, Übelkeit, Durchfall, Migräne, Schmerzen in den Gelenken, Bindehautentzündungen, äußern, und wenn ja, gedenkt die Bundesregierung, die Verwendung des Lebensmittelzusatzstoffes Tartrazin zu verbieten?
2. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Kindergartenkind, welches beispielsweise 100 Gramm knallgelbe Süßigkeiten nascht, unter Umständen mehr als 80 Milligramm Tartrazin aufnimmt und daß die Aufnahme dieser Menge für ein Kleinkind lebensgefährdend sein kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

3. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)
Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der am 26. April 1988 im Bundesanzeiger erfolgten Ausschreibung des Forschungsvorhabens zum Thema „Konsistenzprüfung einer denkbaren, zukünftigen Wasserstoffenergiewirtschaft“ die Arbeitsvorschläge bis zum 25. Mai 1988 eingereicht werden sollen, und glaubt die Bundesregierung, daß auf Grund einer derartig kurzen Terminsetzung und bei einem solch komplexen Thema Vorschläge von Substanz und hoher inhaltlicher Qualität verlangt werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordnete
**Frau
Dr. Niehuis**
(SPD)
Trifft es zu, daß im Zuge der Umorganisation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit drei Referatsleiterstellen neu zu besetzen waren und diese mit Männern aus dem höheren Dienst besetzt wurden?
5. Abgeordnete
**Frau
Dr. Niehuis**
(SPD)
Trifft es zu, daß zwei Frauen des höheren Dienstes ihr Interesse an der Leitung des sogenannten Frauenreferats schriftlich bekundet haben und diese Schreiben vom Personalreferat unberücksichtigt zurückgegeben wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

6. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß das Rechtsempfinden des Normalbürgers dadurch erheblich gestört wird, daß z. B. die Stadt Düsseldorf den Besetzern städtischer Häuser in der Kiefernstraße, die den Mitarbeitern der Stadtwerke unter Androhung von Gewalt zu diesen Gebäuden den Zutritt verwehren, die Strom-, Gas- und Wasserkosten aus Steuergeldern bezahlen will und dadurch bewußt ein rechtsfreier Raum geduldet wird?
7. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für möglich und notwendig, durch gesetzgeberische Maßnahmen zu verhindern, daß staatliche bzw. kommunale Behörden sich der Gewaltandrohung durch militante Hausbesetzer beugen und das Machtmonopol des Staates auf diese Weise ausgehöhlt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

8. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Trifft es zu, wie das Flensburger Tageblatt vom 26. April 1988 berichtet, daß das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Jugendreisen nach Polen fördert?
9. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Wenn ja, auf Grund welcher Zuständigkeit im Rahmen der Bundesregierung wird das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen im Ausland tätig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

10. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Ist das Bundesministerium für Verkehr bereit, sich dafür einzusetzen, daß zukünftig bei der Neubeschaffung von Flugzeugen der Deutschen Lufthansa diese auch mit behindertengerechten Toiletten ausgestattet werden?
11. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Besteht die Möglichkeit, eine bestimmte Anzahl von Flugzeugen der Deutschen Lufthansa nachträglich mit behindertengerechten Toiletten auszustatten?

12. Abgeordnete
**Frau
Flinner**
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die realen Erträge und Aufwendungen des Bahnhofes Boxberg-Wölchingen für das Jahr 1987 sowie für 1988 und wie wären diese bei der Verwirklichung der Vorschläge des Arbeitskreises Schienenverkehr Nordbaden/Pfalz?
13. Abgeordnete
**Frau
Flinner**
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele Ein- und Aussteiger gab es jeweils in diesem Bahnhof in den Jahren 1980, 1986, 1987, und welche Argumente sprechen nach Ansicht der Bundesregierung gegen die Auflassung des Bahnhofes Boxberg-Wölchingen?
14. Abgeordnete
**Frau
Wollny**
(DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe sprechen nach Ansicht der Bundesregierung dagegen, daß die DB-Schienenstrecke Heide—Neumünster über den Sommerfahrplan '88 hinaus bestehen bleibt, und welche betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Verbesserungen oder Verschlechterungen würde die Umstellung von Bahn auf Bus hier bringen?
15. Abgeordnete
**Frau
Will-Feld**
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, im Rahmen ihrer Streckenstillegungen auch die Bahnstrecke Daun—Ulmen—Mayen stillzulegen, und wenn ja, wie vereinbart sich die Stilllegung mit der Tatsache, daß diese Strecke morgens und mittags zu 100 % ausgelastet ist?
16. Abgeordnete
**Frau
Will-Feld**
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart sich nach Auffassung der Bundesregierung die immer weitere Verlagerung des Personennahverkehrs von der Schiene auf die Straße mit der gleichzeitig laufenden Kampagne, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, um die Gefahr im Straßenverkehr zu verringern, und teilt die Bundesregierung die Meinung der Deutschen Bundesbahn, daß es dem Schülerverkehr nichts ausmache, von der Schiene auf die Straße verlegt zu werden, gleichwohl die Bahnstrecke wegen des Güterverkehrs weiter zu unterhalten ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

17. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis einer Studie der französischen Senatoren Jean-Marie Rausch und Richard Pouille sowie des belgischen Bischofs und Professors für Reaktortechnik, Luc Gillon, wonach die Betonhüllen von Druckwasserreaktoren nach einer Wasserstoffexplosion im Reaktordruckbehälter reißen können, für die

Sicherheit bundesdeutscher Kernkraftwerke (KKW) und insbesondere für die des KKW Philippsburg, das nach Aussagen der deutsch-französischen Kommission für Fragen und Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen sicherheitsidentisch mit dem KKW Cattenom ist?

18. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den weiteren Ausbau des grenznahen französischen Atomkomplexes in Cattenom zu verhindern?
19. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN) Wann wurde der Umweltforschungsplan 1988 vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unterzeichnet, und welche Geldmittel wurden dafür bereitgestellt?
20. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN) Wie verteilen sich die Geldmittel auf die Inhalte des Bundesforschungsplans 1988, und für welche Teilbereiche bestehen Finanzierungslücken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

21. Abgeordneter
Pesch
(CDU/CSU) Mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die im Bereich der Oberpostdirektion Düsseldorf bestehende und durch die Strukturkrise dieses Raumes, einschließlich Mönchengladbach, noch verschärft aufgetretene hohe Jugendarbeitslosigkeit nicht noch durch die Nichtübernahme von ausgebildeten Fernmeldehandwerkern erhöht wird?
22. Abgeordneter
Pesch
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch eine Absenkung des prognostizierten Vergabeteils an Fremdfirmen zusätzliche Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost bereitzustellen und die dafür notwendigen Löhne in Verhandlungen mit den betroffenen Ressorts aus dem Posthaushalt bereitzustellen?
23. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, daß künftig studienwillige Fernmeldehandwerker, die nach ihrer Ausbildung bei der Deutschen Bundespost (DBP) nicht in den Postdienst übernommen werden, von der DBP eine Ausbildungsbeihilfe bekommen ohne eine vorherige Zuweisung eines Arbeitsplatzes wie bislang üblich, die dann jedoch mit einer anderweitigen Bindung an die DBP gewährt wird, und daß

damit mittelfristig die Personalfehlsituation im gehobenen technischen Dienst verbessert und gleichzeitig die Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten der übrigen Fernmeldehandwerker des Prüfungsjahres 1988, die keine Höherqualifizierung anstreben, verbessert werden können, zumal auf dem freien Arbeitsmarkt von der DBP ausgebildete Fernmeldehandwerker wenig Chancen haben?

24. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngst erlassenen verwaltungsinternen Verfügungen, z. B. für die Oberpostdirektion Düsseldorf, die jede Möglichkeit nehmen, Arbeitsplätze zu erhalten, wenn die Fremdvergabe für Investitionen der Deutschen Bundespost (DBP) im Fernmeldewesen inzwischen z. B. in Mönchengladbach über 47 v. H. der Aufträge ausmachen, und steht dieses Verhalten nicht im Widerspruch zu einer Erklärung des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen anlässlich einer Pressekonferenz am 15. März 1988, wonach die DBP 1988 3,7 Milliarden DM und damit 500 Millionen DM zusätzlich auf Grund der „Montan-Runde“ in Nordrhein-Westfalen investieren will, um Arbeitsplätze zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

25. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)

An welche „potentiellen Träger“ eventueller Ausbildungsmaßnahmen bei durch Stilllegungen bedrohten Ausbildungskapazitäten im Ruhrgebiet hat die Bundesregierung in der Antwort auf meine schriftliche Frage 105 vom 21. April 1988 (Drucksache 11/2220) gedacht, und zieht sie dabei auch die Beteiligung der bisher die Werkstätten betreibenden Unternehmen in Betracht?

26. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)

Welche haushaltsmäßigen Sicherungen für die Weiterführung von Ausbildungskapazitäten im Ruhrgebiet beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen eines Nachtragshaushaltes oder spätestens im Bundeshaushalt 1988 vorzusehen, oder ist sie der Auffassung, daß allein die Bundesanstalt für Arbeit die Kostenlast tragen soll?

27. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausbildungsleistungen der Berufsakademien im Vergleich zu den Fachhochschulen, und welche Möglichkeiten sieht sie, die Ausbildungsabschlüsse der Berufsakademien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft als den der Fachhochschulen gleichwertig berücksichtigen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

28. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß (nach Mitteilung des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Natali, im Europäischen Parlament) die Europäische Gemeinschaft in den vergangenen zwei Jahren etwa 60 Millionen DM an südafrikanische Oppositionsgruppen bezahlt hat und für 1988 plane, weitere 20 Millionen ECU zu zahlen?
29. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- An welche „Oppositionsgruppen“ werden diese Zahlungen geleistet, und ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß ein Verwendungsnachweis für diese Zahlungen erfolgt, nachdem es sich um öffentliche Gelder, u. a. auch deutsche Steuergelder, handelt?
30. Abgeordneter
Marschewski
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß Heimatvertriebene in einem Visumantrag für einen Aufenthalt in der Volksrepublik Polen auch die Rubrik „Datum der Auswanderung aus der Volksrepublik Polen“ ausfüllen müssen, und falls ja, ist die Bundesregierung bei den zuständigen polnischen Behörden vorstellig geworden, um die Bezeichnung von Vertriebenen als Auswanderer zurückzuweisen bzw. eine Änderung dieser Praxis herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

31. Abgeordnete
**Frau
Hämmerle**
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, im Gegensatz zu den Empfehlungen des Sportausschusses des Deutschen Bundestages und des Deutschen Sportbundes die Mitfinanzierung der World Games 1989 in Karlsruhe abzulehnen?
32. Abgeordnete
**Frau
Hämmerle**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung nicht bekannt, daß die Zulassung einer Sportart zu den Olympischen Spielen allein keine Bedeutung über die Förderungswürdigkeit darstellt, weil die Zahl der olympischen Sportarten nicht beliebig erhöht werden kann und deshalb Veranstaltungen wie die World Games vom 20. bis 30. Juli 1989 in Karlsruhe international bedeutsam sind?
33. Abgeordneter
**Müller
(Wesseling)**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß immer weniger Kriminalfälle in der Bundesrepublik Deutschland aufgeklärt werden (1987 44 v. H.)?

34. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Was sagt die Bundesregierung zu der Feststellung, daß inzwischen 100 000 sogenannte ‚Schwarze Sheriffs‘ im Bereich der inneren Sicherheit tätig sind und damit in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, unsere Polizei sei offensichtlich nicht in der Lage, für ausreichende Sicherheit und Prävention zu sorgen?
35. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Zu welchem Ergebnis ist das Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung in seiner Sitzung vom 5. Mai 1988 hinsichtlich der Beurteilung des Inhalts und des Ankaufs des Buches „Zeitgenössische Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt“ gekommen?
36. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Ist genanntes Buch, das vom deutschen PEN-Club als „rechtsextrem argumentierendes Pamphlet“ eingestuft wurde, auch an deutschsprachige Bibliotheken im Ausland (z. B. Goethe-Institut, Germanistische Fakultäten etc.) verteilt worden, und wenn ja, wohin und in welcher Stückzahl?
37. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für angemessen, daß Über- und Aussiedler zunehmend behelfsweise in Wohncontainern, alten Schulen, Krankenhäusern, Turnhallen und Baracken untergebracht werden müssen, und ist sie bereit, mit einem verstärkten Sonderprogramm im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus speziell für diesen Personenkreis mit Finanzhilfen für die akuten Wohnungskosten und mit der Übernahme von Sozialhilfekosten im Interesse der betroffenen Menschen und im Sinne der betroffenen Kommunen zu reagieren?
38. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Kommunen bei der Bewältigung der Wohnungs- und der finanziellen Probleme zu helfen, die auch infolge der in diesem Jahr rund 150 000 Übersiedler und Aussiedler aus der DDR und aus den ost- und südost-europäischen Ländern für unsere Kommunen entstehen, und was gedenkt sie zu tun?
39. Abgeordnete
Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)
- Wie bekannt muß die Homosexualität (einschließlich Dauerpartnerschaft oder/und promiskuitiven Lebenswandel) einer Person sein, damit dies gemäß den am 1. Mai 1988 in Kraft getretenen Sicherheitsrichtlinien kein Sicherheitsrisiko darstellt, und reicht es hierbei aus, daß die homosexuelle Orientierung einschließlich der Beschreibung der Lebensführung namentlich in Zeitungsberichten oder Anzeigen Erwähnung findet, um Erpreßbarkeit auszuschließen (Stabsunteroffizier M. A. [26] aus Trier, taz 5. Mai 1988)?

40. Abgeordnete
**Frau
Oesterle-Schwerin**
(DIE GRÜNEN)
- Wie vereinbart die Bundesregierung ihre Auffassung, der Begriff eheähnliche Gemeinschaft umfasse nicht Partnerschaften zwischen Personen gleichen Geschlechts (Drucksache 11/2044), mit der Überprüfung der Situation der Lebenspartner von Homosexuellen unter dem Begriff „Person, mit der die Person in eheähnlicher Gemeinschaft lebt“ (Sicherheitsrichtlinien § 10)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

41. Abgeordneter
**Weiß
(Kaiserslautern)**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung den Inhalt der Aussage des Bundesvorstandsmitgliedes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Christian Zahn, die dieser in Kaiserslautern gemacht hat (siehe Ausgabe „Die Rheinpfalz“, Nr. 101, vom Samstag, dem 30. April 1988, Seite ‚Kaiserslauterer Rundschau‘ und Seite ‚Südwestdeutsche Zeitung‘), als zutreffend bestätigen, wonach in den kommenden Jahren rund 5 000 Stellen, vorwiegend durch Verzicht auf Wiederbesetzung, bei den Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte, davon allein etwa 2 000 in Rheinland-Pfalz, eingespart werden sollen?
42. Abgeordneter
**Weiß
(Kaiserslautern)**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß im Haushalt der Vereinigten Staaten von Amerika im Haushaltsjahr 1987/88 insgesamt 3 209 Stellen für Zivilbeschäftigte bei den US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland (davon allein in Rheinland-Pfalz 1 308) gestrichen worden sind?
43. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Welche Förderungsmöglichkeiten gibt es nach derzeitig geltendem Recht seitens des Bundes für die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen sowie die Herstellung und den Betrieb von Anlagen zur Produktion von Wasserstoff mit Hilfe von elektrischem Strom?
44. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Welche dieser Förderungen sollen nach Ansicht der Bundesregierung im Rahmen der Steuerreform 1990 beseitigt bzw. vermindert werden, und beabsichtigt die Bundesregierung, als Ersatz andere Förderprogramme aufzustocken?
45. Abgeordneter
Lattmann
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen soll verhindert werden, daß nach einer Mineralölsteuerbefreiung für Privatflieger steuerbefreites Flugbenzin für den privaten Personenkraftwagen genutzt wird?
46. Abgeordneter
Lattmann
(CDU/CSU)
- Ist damit zu rechnen, daß analog zu den bisher auf ca. 50 Verkehrs- und Regionalflughäfen geführten Zollägern auch auf den rund 550 Sport- und Privatflughäfen Zollkontrollen einzurichten sind?

47. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Welche Gründe sprechen für eine Mineralölsteuerbefreiung von Flugbenzin für Hobbyflieger, und welche Gründe sprechen gegen eine Mineralölsteuerbefreiung von Rasenmäherbenzin für Hobby-Rasenmäher?
48. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, eine einheitliche Regelung für alle Verbraucher von Benzin zu Hobbyzwecken bezüglich der Mineralölsteuer zu treffen?
49. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN) Inwieweit will die Bundesregierung über die Aufsichtsräte Einfluß nehmen, damit jetzt vor dem Abschluß ihrer Lehre stehende Auszubildende übernommen werden, wie z. B. derzeit 341 Auszubildende in den staatseigenen Stahlwerken Peine-Salzgitter?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

50. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um in Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Landesregierung den Niedergang des Industriestandortes Salzgitter zu verhindern, was angesichts der Tatsachen notwendig erscheint, daß es in Salzgitter z. Z. noch keine Übernahmezusagen für weitere Auszubildende bei MAN, bei STOLL, bei LHB gibt sowie einen Einstellungsstop und damit einen Stellenabbau bei SAM/VDS und VW und eine Verlagerung der Produktion von BOSCH/Blaupunkt nach Hildesheim?
51. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) In welcher Höhe hat sich in den vergangenen fünf Jahren der Umsatz des Versandhandels (absolut und prozentual) im Verhältnis zu dem Umsatzwachstum des Handels insgesamt bzw. des übrigen Handels entwickelt?
52. Abgeordneter
Dr. Solms
(FDP) In welcher Höhe werden die monetären und nicht-monetären künftigen Folgelasten des Bergbaus von der Bundesregierung veranschlagt, und in welcher Form werden sie in die Abwägung zu den bergbaulichen Planungsverfahren einbezogen?
53. Abgeordneter
Dr. Solms
(FDP) Sieht die Bundesregierung bei der Nordwanderung des Ruhrbergbaus ungelöste Zielkonflikte zwischen Landschafts- und Denkmalschutz und deren Bedeutung für die Standortqualität künftiger Neuansiedlungen im Rahmen des Strukturwandels auf der einen Seite und dem wirtschaftlichen Ertrag des Ruhrkohlenbergbaus auf der anderen Seite?

54. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß mit dem Auslaufen des Investitionszulagengesetzes nicht nur zahlreiche gewerbliche, sondern auch sehr viele private Fremdenverkehrsvorhaben gefährdet werden, und welche Möglichkeiten sieht sie zu verhindern, daß die Investitionen zahlreicher Kommunen in die öffentliche Fremdenverkehrsinfrastruktur nach dem Auslaufen der Investitionszulagenregelung wegen des Ausbleibens privater Investoren unwirksam werden?
55. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Tätigkeit von Raketentechnikern, die Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland in den Irak entsandt haben, bzw. was hat die Bundesregierung unternommen, um sich darüber zu informieren?
56. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Gibt es aus den letzten fünf Jahren ein Ermittlungsverfahren nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz oder Außenwirtschaftsgesetz wegen illegaler Lieferungen von Kriegswaffen oder Rüstungsgütern, das durch eine Initiative der Bundesregierung in Gang gesetzt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

57. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, daß alle Jugendlichen nach ihrer diesjährigen Schulentlassung die Chance bekommen, einen Ausbildungsarbeitsplatz zu erhalten oder die Möglichkeit bekommen, in eine Berufsförderungs- bzw. Berufsvorbereitungsmaßnahme zum Zweck des Erhalts der Berufsreife eingegliedert zu werden?
58. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, der Bundesanstalt für Arbeit die Finanzmittel bereitzustellen, damit die dringend notwendigen Maßnahmen der Fortbildung, Umschulung und Rehabilitation fortgeführt werden können, nachdem durch die 8. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes der Bundesanstalt für Arbeit jetzt – durch die Übertragung von Bundesaufgaben – jährlich rund 1 Milliarde DM in der Kasse fehlt, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß inzwischen eine Vielzahl von Trägern – z. B. die Christlichen Jugenddörfer – massive Kritik an der Politik der Bundesregierung üben, weil lernbehinderte Jugendliche nicht mehr auf eine Berufsausbildung hingeführt werden können?

- | | |
|---|---|
| 59. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung über die Abfassung von neuen Richtlinien nach Artikel 56 § 2 EGKS-Vertrag mit der EG-Kommission verhandelt? |
| 60. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) | Decken sich die Änderungswünsche der Bundesregierung mit den Vorstellungen der EG-Kommission, und wann kann mit Abschluß der Verhandlungen gerechnet werden? |
| 61. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) | Welchen Sinn sieht die Bundesregierung in der Aktion des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 28. April 1988, als Bundesminister Dr. Blüm allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages eine Kassette und eine Broschüre zum Gesetzentwurf zur Strukturreform im Gesundheitswesen an die Privatadressen nach Hause schickte? |
| 62. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) | Wie viele Kassetten und Broschüren wurden insgesamt erstellt, und was haben sie gekostet? |
| 63. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD) | Wie viele der in diesem Jahr auslaufenden Lehrgänge der beruflichen Fort- und Weiterbildung im Bereich des Arbeitsamtes Hannover können durch neue Lehrgänge weitergeführt werden, und was wird die Bundesregierung tun, um die Fortführung der Maßnahmen trotz der finanziellen Schwierigkeiten der Bundesanstalt für Arbeit zu gewährleisten? |
| 64. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Welche Bundesbehörden sind als „publikumsintensiv“ einzuordnen, die im Falle der Einführung eines Dienstleistungsabends geöffnet haben müßten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 65. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nuklearen Artilleriegranaten auf deutschem Boden modernisiert werden? |
| 66. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Wieviel Prozent der Kaliber 155 und 203 Millimeter sind schon bzw. werden bis Ende 1988 ausgetauscht? |

67. Abgeordneter
Diller
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es eine vom Institut Geographique National herausgegebene offizielle ICAO-Karte gibt, welche die Existenz eines Trainingsgebietes für Strahlflugzeuge (Restricted Area R 45) auf der Strecke Colmar—Luneville—Cattenom—Mont Medy—Verdun ausweist (vgl. Trierischer Volksfreund vom 2. Mai 1988: Tiefflugschneise über dem Kernkraftwerk Cattenom)?
68. Abgeordneter
Diller
(SPD)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, mit der französischen Regierung über eine sofortige Aufhebung dieser Trainingsstrecke zu verhandeln, weil es überhaupt nicht ausreicht, über dem Atomkraftwerk Cattenom die Flugbeschränkung lediglich von mindestens 250 Metern auf mindestens 450 Meter über Grund anzuheben?
69. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Hat die Bundesregierung die Zahl der täglich von einem Musterungsarzt zu musternden Wehrpflichtigen, die auf Grund der seinerzeitigen Nagold-Affäre auf 25 herabgesetzt wurde, zu irgendeinem Zeitpunkt entsprechend der seither um 8 Stunden von 48 Stunden auf 40 Stunden verkürzten Wochenarbeitszeit verändert?
70. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wie viele Auszubildende im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung erstreben nach Beendigung ihrer Ausbildung im Haushaltsjahr 1988 eine Übernahme als Facharbeiter/-in, als Verwaltungsfachangestellte(r) oder Bürogehilfe/-in oder Beamter/-in im Vorbereitungsdienst bzw. auf Probe (z. A.), und wie viele davon können nicht übernommen werden, jeweils getrennt aufgeführt für die Wehrbereiche I bis VI?
71. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Läßt der Personalabbau bei der Wehrverwaltung durch Stellenkürzung und Wiederbesetzungssperre Schlüsse auf parallele Maßnahmen bei den Streitkräften zu – im Sinne der Äußerung des Bundesministers der Verteidigung bei seiner Verabschiedung in Wiesbaden: „Ohne die Verwaltung findet Bundeswehr nicht statt – ohne Streitkräfte brauchen wir aber auch keine Wehrverwaltung.“?

Bonn, den 13. Mai 1988

